



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Montag, 24.04.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:17 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

Peter Hummer

Ordentliches Mitglied

Mathias Buttler

Carsten Preuß

Thomas Czesky

Sven Reimer

Janine Küchenmeister

Detlef Klucke

Olaf Manthey

Edgar Leisten

Vertretung für:
Carsten Preuß

.

Vertretung für:
Olaf Manthey
entschuldigt

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Pressesprecher

Grit Mindak

Protokollant(in)

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 28.03.2023
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1 Sanierung und Erweiterung der Begegnungsstätte Burgberg mit Vereinsheim im OT Wünsdorf, 15806 Zossen 034/23
- 9 Beratung zum Thema Verkehrsführung - Bahnquerungen
- 10 Bericht der Hauptverwaltungsbeamtin zur Nordumfahrung
- 11 Information aus anderen Kommunen zu ähnlichen Bauvorhaben
- 12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Hummer um 19:00 Uhr eröffnet.

2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind 7 anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Folgende Ausschussmitglieder nehmen online an der Sitzung teil:

Herr Sven Reimer

Herr Edgar Leisten

3 **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Herr Klucke:

Unter 8.1. steht die BV 034/23. In anderen Ausschüssen haben wir die die BV 034/23/01 behandelt. Es wurde nicht kommuniziert, dass heute die 034/23/01 behandelt wird.

Aus TOP 11 hätte man 10.1. machen können.

Gibt es Online-Teilnahmen? Wurden diese angemeldet und gibt es wichtige Gründe dafür?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie behandeln die 34/23/01. Es handelt sich hier um einen Änderungsvorschlag der Verwaltung, nicht um einen neuen Beschluss. Wir hatten diesen Änderungsvorschlag auch als Tischvorlage eingereicht.

Frau Küchenmeister:

Auch in anderen Ausschüssen wurde zur 034/23 eingeladen und behandelt haben wir die 034/23/01. Für die SVV wurde zur 034/23/01 eingeladen. Das hätte man für den Hauptausschuss dann ja auch machen können. Hier haben wir jetzt einen Änderungsantrag.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es wurde nur die Begründung in den Beschlusstext integriert. Wir werden heute die 034/23/01 abstimmen.

4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 28.03.2023**

Es liegen Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor.

Frau Küchenmeister:

Ich hatte Einwände gegen die Niederschrift vom 28.03.2023. Es fehlen viele Redebeiträge meinerseits. Da meine Einwände so umfangreich sind, hatte ich den Sitzungsdienst per Mail um Zusendung des Word-Dokumentes vom Protokoll gebeten, um dort direkt meine Einwände eintragen zu können. Dies wurde mir nicht

zugeschickt. Die Antwort war, dass ich die Änderungswünsche schriftlich beim Vorsitzenden und der Verwaltung einreichen möchte. Es wäre schön wenn die Zusammenarbeit in Zukunft besser ablaufen würde.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das Protokoll lag vor. Wir hatten ihnen angeboten, die Änderungen schriftlich per E-Mail einzureichen. Weiterhin hätten sie zum Beispiel die Möglichkeit anhand des Live-Streams/der Mediathek zu sagen, ab Minute x, bis zu Minute y haben sie folgende Änderungswünsche, welche im Protokoll mit aufgenommen werden sollen. Wir werden auch in Zukunft keine Formatvorlagen im Original, so wie der Sitzungsdienst das Protokoll verfasst hat, verschicken.

Herr Czesky:

Wir können den Tagesordnungspunkt auch nochmal vertagen:

Frau Küchenmeister:

Ich finde den Vorschlag gut. Da zur Vereinfachung eine Zusendung des Word-Dokumentes seitens der Verwaltung nicht möglich war, würde ich meine Einwände vor dem nächsten Hauptausschuss einreichen.

Der TOP wird bis zum nächsten Hauptausschuss vertagt.

5 Bericht aus der Verwaltung

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Schwarzweiler kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

Kein Bericht

6 Einwohnerfragestunde

Herr Lipowski:

Was muss man tun, dass Dabendorf ein eigenständiger Ortsteil wird und somit einen eigenen Ortsbürgermeister und Ortsbeirat wählen kann?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der letzte Stand war, dass es dazu nochmal einen Beschluss seitens des Zossener Ortsbeirates geben sollte und die Verwaltung dann beauftragt wird, ihnen das Verfahren zu erörtern. Wenn wir die Zeit haben, kann ich das gern am Mittwoch im Bericht aus der Verwaltung mit einbringen.

Sie können ihr Anliegen gerne auch schriftlich einreichen und dann werde ich ihnen ausführlich antworten.

Frau Schreiber:

Wie kommen sie darauf, dass sie bei der Nordumfahrung im Zeitplan sind? Der Plan war, dass die Nordumfahrung fertig ist, bevor die Querung innerorts Dabendorf zugemacht wird.

Der Hauptausschuss soll sich das Thema dringend angucken und dafür sorgen, dass die Nordumfahrung gebaut ist, bevor Dabendorf innerorts von der Bahn zugemacht wird.

Frage an den Ausschuss und die Fraktionen: Werden sie sich diesem Thema annehmen?

Wann gedenkt die Bürgermeisterin die vorliegenden Pläne für die Brücke für Autos über die Bahngleise in Dabendorf innerorts den Stadtverordneten und Bürgern zu präsentieren und mitzuteilen? Die Bahn hat bestätigt, dass es schon eine Visualisierung gibt, die sie ihnen zugeschickt hat. Planen sie auf einer Sondersitzung kurz vor der SVV damit um die Ecke zu kommen, sodass keiner richtig Zeit hat zum

Nachdenken? Wann werden die Unterlagen zur Bahnquerung Dabendorf innerorts den Stadtverordneten vorgelegt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Nach dem neuen Projektplan, den wir aufstellen mussten, sind wir im Zeitplan. Herr Ludwig hat eindeutig bestätigt, dass diese Unterlagen dem Rathaus noch nicht vorliegen und damit zu rechnen ist, dass diese im Mai zur Verfügung gestellt werden. Es wird uns dann in den nächsten Ausschüssen beschäftigen und wir werden dann auch eine Entscheidung treffen müssen. Wenn man sich das Verfahren anschaut, sie sagten dass Pläne hinsichtlich einer Brücke in Dabendorf vorliegen, da kann ich ihnen dazu sagen, es gab in einer Dienstberatung tatsächlich schon eine Simulation/Präsentation wie eine Unterführung aussehen kann. Ich kann mit der Variantenführung hinsichtlich des Tunnels sehr gut leben. Die Fragen zum Projektplan habe ich mehrfach beantwortet.

Frau Schreiber:

Herr Ludwig hat mitgeteilt dass die Visualisierung und die Fotomontage der Bürgermeisterin vorliegen. Meine Frage war, ob sie die Unterlagen erst kurz vor der SVV vorlegen und dann ein paar Tage später in der SVV bereits darüber entschieden werden soll? Diese Frage habe sie mir nicht beantwortet.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das wird zur Beratung kommen, sobald die Unterlagen vorliegen. Ich verfüge nicht über diese Simulation.

Herr Ralf Pfeiffer:

Herr Sven Reimer, warum sind sie hier nicht anwesend, sondern online zugeschaltet? Weiterhin möchte ich wissen, wo ihr erster Wohnsitz ist?

Herr Reimer:

Ich bin Abgeordneter in Zossen und mein Wohnsitz ist auch in Zossen. Mit Namensgleichheiten eines Kollegen bei Google habe ich nichts zu tun. Ein Blick in die Kommunalverfassung sagt ihnen warum ich hier online teilnehme.

Herr Ralf Pfeiffer:

Die Kommunalverfassung widerspricht der Verfassung des Landes Brandenburg, sie widerspricht dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Herr Reimer beruft sich auf eine Geschäftsordnung, die nicht gültig ist.

Ich stelle gegen Herrn Sven Reimer Strafantrag in mündlicher Form. Ich habe den Verdacht, dass sie einer kriminellen Vereinigung angehören.

Herr Hummer:

Herr Pfeiffer wird mehrmals darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine Einwohnerfragestunde handelt und er seine Fragen stellen möchte.

Herrn Pfeiffer wird das Wort entzogen.

Frau Schreiber:

Im nicht öffentlichen Teil stehen ein Verkauf eines stadteigenen Grundstückes und ein Ankauf auf der Tagesordnung. Es soll hier heute beschlossen werden. Warum waren diese beiden Grundstücksgeschäfte nicht im Finanzausschuss? Ich habe die Bitte an die Ausschussmitglieder erst die zuständigen Ausschüsse arbeiten zu lassen und darauf zu achten, dass alles seinen richtigen korrekten rechtlichen Weg geht.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es wird hier um Grenzbereinigungen gehen und diese Diskussion wird im nicht öffentlichen Teil geführt.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Reimer:

Das Thema Nordumfahrung beschäftigt mich seit Beginn meiner Tätigkeit als Stadtverordneter. Da war es so, dass sowohl für den Übergang von Waldesruh alternativ eine Brücke gebaut werden sollte, das wurde im Bauausschuss so versprochen und die Nordumfahrung als Ersatz für die Brandenburger Straße und die Goethestraße gebaut werden soll. In der damaligen SVV hat man uns erklärt, dass die Bahn dafür die Nordumfahrung bezahlen wird. Im Jahre 2019 habe ich mich vor Ort mit Bürgern in Dabendorf getroffen, die gesagt haben, dass wenn wir die Goethestraße bebauen, die Nordumfahrung nicht kommt. Ich habe mich dann auch mit Bundestagsabgeordneten dort vor Ort getroffen und wir haben versucht das zu klären. Es verwundert mich, dass man davon jetzt nichts mehr hören will.

Im RSO wurde jetzt gesagt, dass wir die Nordumfahrung nicht von der Bahn bezahlt bekommen, genauso wenig wie die Brücke in Waldesruh an der Friedenstraße, wo wir schon explizit Pläne hatten, die ich rausgesucht hatte, die jetzt nicht kommen und uns somit nicht entlasten können. Momentan gibt es keinen Plan wer uns die Nordumfahrung bezahlt. Ich habe es so verstanden, wenn wir jetzt zu sehr mit der Bahn umherspringen, haben wir dann in Dabendorf überhaupt keinen Bahnübergang. Habe ich das so richtig verstanden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Bisher hat die Bahn sehr leicht durch Zossen gebaut. Wir haben keine richtige Kreuzungsersatzmaßnahme in Wünsdorf. Hätte man damals darauf bestanden, dass die Ersatzmaßnahme genau an dem Punkt errichtet wird, wo die Schranke geschlossen wurde, wäre es kreuzungsrelevant gewesen. Dann wäre die Bahn von entsprechend günstigen Maßnahmen ausgegangen und man hätte sich Gedanken machen müssen, wie man den Eigenanteil finanziert. Man hat dann in eigener Hoheit das B-Plan Verfahren gestartet und eine Brücke in der Friedenstraße geplant, die aus der Kreuzungsvereinbarung rausgefallen ist. Dann hat man Fristen verpasst und nach Prüfung durch die Kanzlei Dombert und Herrn Dr. Lück stand fest, dass es hier auch keine Möglichkeit zum Nachverhandeln gibt. Das hatten wir im März 2020 der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es gab dann den Beschlussantrag seitens der Verwaltung, dass man den Punkt Dabendorf und Nordumfahrung stellenweise aufhebt. Wir haben dann den Beschluss aufgehoben, hinsichtlich dass wir auf Kreuzungsvarianten bzw. auf eine Unterführung entweder in der Brandenburger Straße oder in der Goethestraße für den PKW- und den LKW-Verkehr verzichten. Wir haben dann auch gesagt, dass die Unterführung an welcher Stelle sie auch kommen soll, bis max. 7,5t zu sein hat und wir nach wie vor an der Nordumfahrung festhalten. Das ist die Ausgangslage seitdem die Bahn die entsprechenden Varianten zusammen mit dem LS prüft und plant. Die Bahn wird der EBA die kostengünstigste Variante mitteilen. Wir wissen jetzt noch nicht, ob eine Brücke oder eine Unterführung teurer ist. Wenn man von einer Brücke ausgeht, was die Verwaltung allerdings nicht tolerieren würde, würde es mehr private Grundstücke betreffen. Wir hätten ein längeres Planungsverfahren und es müssten auch Enteignungen stattfinden, wo wir jetzt schon wissen, dass die betroffenen Personen nicht zum Verkauf bereit sind. Das war der Punkt, der uns in der Nordumfahrung nochmal ziemlich weit zurückgeworfen hat. Mitte 2020 haben wir dann mit den Eigentümern Gespräche geführt, wo die Nordumfahrung langgehen kann. Viele Eigentümer waren nicht bereit, dass Grundstück abzugeben. Demzufolge mussten einige Umplanungen in dem Projekt stattfinden. Den Projektplan habe ich ihnen mitgeteilt. Die Auftaktveranstaltung wird es Anfang Mai geben. Wir wissen jetzt wie die Strecke gebaut werden kann. Parallel dazu laufen die umweltschutztechnischen Betrachtungen. Wir sind hier Herren des B-Plans und hier ist die Stadt Zossen zuständig und auch dementsprechend verantwortlich. Wir sind auf Fördermittel für die Nordumfahrung angewiesen. Ich sehe das optimistisch. Wenn es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt, hoffe ich, dass wir Anfang 2024 die Fördermittel einreichen können, relativ zügig den Bescheid bekommen und dann in die Umsetzungsphase gehen können.

Herr Leisten:

Ich bin heute online, weil es ein Notfall in der Familie gab und ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass wir die Möglichkeit der Online-Teilnahme für Notfälle unbedingt beibehalten sollten.

Gibt es neue Informationen zu den Zahlen in der EAE? In der MAZ war von 300 bis 500 zusätzlichen Asylbewerbern die Rede.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Aktuell werden wir max. weitere 500 Gäste in der EAE erhalten, die im Asylbewerbungsverfahren sind. Momentan sind 5 Container aufgestellt, in Gänze sollen es 7 Container werden. Wir sind dann an der Auslastungsgrenze der Genehmigung von 1.700 Menschen angekommen, werden diese aber nicht überschreiten. In der SVV am 07.06.2023 wird dann auch Herr Seiler zu Gast sein und ihnen ein paar Fragen beantworten.

Herr Klucke:

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass immer wieder Ablagerung von Müll, Schrott, Kühlschränke etc. stattfinden. Aktuell steht ein Stepper an der Stelle, wo damals auch die Kühlschränke gestanden haben. Es könnte vielleicht mit den Wurfsendungen, welche regelmäßig in den Briefkästen sind, zu tun haben. In Sachen Stepper wäre es schön wenn das Ordnungsamt aktiv wird.

Warum ist in der Jägerstraße jetzt bloß auf einer Seite ein Gehweg? Vorgesehen war beidseitig.

Zur Bahnquerung: Herr Ludwig hat bei dem letzten Termin gesagt, dass innerorts eine Überführung kommt. Überführung heißt doch eigentlich Brücke. Das Bauwerk sollte der Stadt schon bekannt sein.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Man spricht immer von einer Überführung. Entweder fahren die PKW oben drüber oder die Bahn fährt oben drüber. Wir hatten uns verständigt, dass wir eine PKW-Unterführung haben wollen, was für die Bahn eine Überführung ist, da die Bahn dann über die Unterführung fahren muss.

Die Pläne zur Jägerstraße wurden mehrfach besprochen. Der Gehweg war leider zu eng für z.B. Fußgänger und Kinderwagen. Es wären dann wieder Grundstücke betroffen gewesen. Es ist jetzt das Maximum was machbar war.

Herr Klucke:

Da sie zu diesem Termin nicht anwesend waren, würde ich sie bitten sich bei Frau Widera bezüglich dem Inhalt des Termins mit Herrn Ludwig zu erkundigen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich kann nur sagen, abhängig davon was Herr Ludwig gesagt hat, dass wir hier von einer Unterführung sprechen. Es wird keine Brücke sein.

Herr Klucke:

Herr Buttler hat mich darauf hingewiesen dass es bekannt ist, dass eine Brücke an der Kastanienallee beginnt.

Frau Küchenmeister:

Zu dem Thema Ortsteil oder Gemeindeteil Dabendorf haben wir vor einem dreiviertel Jahr bereits gesprochen und die Verwaltung hatte sich bereit erklärt, dies zu prüfen. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen. Die SVV und der Bericht aus der Verwaltung sind nicht die geeignete Stellen, sondern eher dann der RSO, denn es ist ja ein Rechtssicherheits- und Ordnungsthema.

Eine Online-Teilnahme ist möglich, allerdings muss zwingend beim Vorsitzenden ein

Antrag gestellt werden und dem muss auch zugestimmt werden. Dies gilt nur für Ausschussmitglieder und Herr Czesky hatte sich bereit erklärt, dieses Thema nochmal mitzunehmen.

Wenn ich höre, dass hinsichtlich der Bahnquerung in Dabendorf die Verwaltung auch Zweifel hat, dass wir das Bauwerk hinbekommen und aufgrund der nicht vorhandenen finanziellen Mittel, wir auf Fördergelder angewiesen sind, die bis heute nicht bekannt sind, ist die Anregung, sich vielleicht nochmal die alten Pläne zu Gemüte zu führen, um nochmal abzuwägen welche Varianten gibt es, was macht Sinn und was macht keinen Sinn?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Kommunalverfassung regelt es nicht eindeutig wie man mit dem Thema Ausschussmitglied oder nicht Ausschussmitglied umgeht und ob man dann online teilnehmen kann oder nicht. Dazu bedarf es das ein oder andere Gerichtsurteil in nächster Zeit. Das erste große Thema mit der Bahn war die Brücke in der Friedenstraße, die leider gescheitert ist. Das nächste Thema war dann die Nordumfahrung. Die Aussage der Bahn war hier immer, dass sie sich nicht an den Kosten der Nordumfahrung beteiligen werden. Das hatte ich auch im März 2023 kommuniziert. Wir werden an einer Unterführung festhalten und die Nordumfahrung mit eigenen kommunalen Mitteln bauen. Wenn sie meinen, dass ich von dem Projekt nicht überzeugt bin, kann ich ihnen sagen, dass das definitiv nicht der Fall ist. Hinsichtlich der Finanzierung sind wir auf Fördergelder angewiesen. Sobald wir wissen ob die Nordumfahrung finanzierbar ist, werden wir mit ihnen reden und das Gleiche tun wir auch wenn das Gegenteil eintritt und wir die Fördermittel nicht bekommen. Momentan gehe ich davon aus, dass wir die Nordumfahrung 2027/2028 eröffnen werden. Mit der Thematik Dabendorf soll sich auch der Ortsbeirat noch beschäftigen, da dies bis dato noch nicht passiert ist.

Herr Czesky:

Herr Ludwig bezeichnet das immer als Überführung und spricht für uns von einem Tunnel. Er prüft beide Varianten. Wir wollen den Tunnel und wir wollen die Nordumfahrung haben.

Zu der Online-Teilnahme war Herr Dr. Lück der Meinung, dass es so wie wir es machen, in Ordnung ist. Man kann das auch nochmal prüfen lassen.

Herr Reimer:

Was kann die Stadtverwaltung und auch unsere Vorsitzende in Zukunft tun, dass wir Stadtverordnete nicht verleumdet und persönlich beleidigt werden? Das Gleiche gilt auch für Verwaltungsbeamte und Mitarbeiter der Verwaltung.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wenn die neue Geschäftsordnung auf der nächsten SVV verabschiedet wird und sich dann auch jeder Ausschussvorsitzende daran hält und sie umsetzt, haben wir eine ganz gute Kommunikationsbasis und dann sollten solche Themen der Vergangenheit angehören.

Frau Küchenmeister:

Wenn Herr Dr. Lück gesagt hat, dass es mit der passiven Teilnahme so in Ordnung ist, dann ist es gut, allerdings ist es inzwischen eingerissen, dass als aktives Mitglied online teilgenommen wird und dies nicht im Vorfeld beantragt wird und ich würde mir wünschen dass auch sie Herr Reimer einen Antrag stellen und diesen genehmigen lassen.

Herr Reimer:

Ich hatte einen Antrag gestellt und da sie das nicht wissen, finde ich es unverschämt solche Unterstellungen zu machen.

Herr Czesky:

Der Ausschussvorsitzende weiß wer online zugeschaltet ist und kann jederzeit Teilnehmer abschalten lassen.

Es findet eine Pause von 20:01 Uhr bis 20:12 Uhr statt.

8 Beratung von Beschlussvorlagen

8.1 Sanierung und Erweiterung der Begegnungsstätte Burgberg mit Vereinsheim im OT Wünsdorf, 15806 Zossen 034/23

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Präsentation ist identisch zum Bauausschuss.

Wir hatten bereits das Bewerbergespräch in der 2. Runde für das Fördermittelprogramm. Herr von Lützwow als Ortsvorsteher war hier mit anwesend. Wir haben keine Bedenken, dass die Fördergelder nicht fließen werden. Es gab zur Beantragung nochmal 1 Woche Fristverlängerung. Der Antrag hätte am 28.04 eingereicht werden müssen, aufgrund des SVV-Beschlusses vom 26.04. können wir mit dem 04.05.2023 rechnen. Wir sind sehr gut um Zeitplan.

Frau Küchenmeister:

Ich möchte nochmal das Thema 34/23 und 34/23/01 aufgreifen. In der BV 34/23/01 haben wir jetzt eine Variantenauswahl von 1a, b und c. Da ist sehr wohl sehr viel geändert worden. Wir sprechen demzufolge nicht über dieselbe Sache. Aus meiner Sicht hätte das bekannt gemacht werden müssen. Für die SVV ist das erfolgt, für die anderen Ausschüsse leider nicht.

Es ist für uns eine weitere ungesicherte Investition in der Stadt. Wir müssen befürchten, dass die anderen Projekte, die ebenfalls nötig sind und wofür im Haushalt 6 Mio. Euro eingestellt sind, zittern müssen. Es gibt hier eine Kostenschätzung von insgesamt 3 Mio. Euro. Da wir keine konkrete Kostenkalkulation haben, werden wir definitiv Gesamtkosten von mehr als 6 Mio. Euro haben. Wenn ich von 7 Mio. Euro Gesamtinvestitionskosten ausgehe und rund gerechnet 2 Mio. Euro Förderung bekomme, bleibe ich bei 5 Mio. Eigenanteil hängen. Das muss gesichert sein und das sehen wir hier leider nicht. Wir brauchen die Begegnungsstätte Burgberg und hoffen, dass die Verwaltung hier ihre Arbeit macht und uns ein Projekt vorstellt, was auch durchgeführt werden kann.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich weiß nicht, wo sie die Summe 7 Mio. Euro hernehmen. A; B; C sind keine Varianten sondern Punkte aus der Begründung die wir beschließen. Ich hatte die Finanzierung bereits im Bauausschuss vorgestellt, wie wir sie im Haushalt eingeplant haben, in Form der Investitionsplanung und über die Jahre 2023/2024.

Wir nehmen ihren Hinweis gerne zur Kenntnis, auch wenn er für die heutige Beratung nicht relevant ist. Die Bedenken, dass ein anderes Projekt durch den Burgberg nicht realisiert werden kann, kann ich nicht teilen

Frau Küchenmeister:

Nachdem ich gesagt habe, dass ich gerne eine Kostenkalkulation hätte, haben sie mir gesagt, die können sie nicht bekommen und die konkreten Zahlen liegen aufgrund von noch nicht vorhandenen Ausschreibungen und Angeboten noch nicht vor. Wie es allerdings ganz normal im Baugeschäft ist, werden wir definitiv über Mehrkosten haben und das ist etwas, das gut besprochen werden muss. Wir wollen gerne wissen, wo das Geld herkommt. Wir haben zugestimmt, nicht weil wir ihren Plänen folgen und von der Investitionssicherheit überzeugt sind, sondern weil etwas für Wünsdorf, den MTV, die Senioren und die Jugend getan werden muss.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie wollten eine Kostenkalkulation haben und daraufhin habe ich ihnen gesagt, dass es die auch bis zur SVV nicht geben wird. Sie haben dann nach dem Unterschied einer Kostenkalkulation und einer Kostenschätzung gefragt. Eine Kostenschätzung liegt natürlich vor. Wenn sie die sehen wollen, können sie gerne im Rathaus dazu Akteneinsicht nehmen. Ebenfalls hatte ich erklärt, dass eine Kostenkalkulation erst nach Ausschreibungen und der Angebotsphase vorliegen kann.

Herr Leisten:

Das Thema 34/23 und 34/23/01 ist eigentlich schon im Bauausschuss behoben worden.

Seit 10 Jahren arbeiten wir an diesem Projekt. Es ist eine Schande, dass wir den Kindern, Gästen und Sportlern solch eine Unterkunft bieten. Jetzt wäre die Möglichkeit für alle ein adäquates Gebäude zur Verfügung zu stellen. Frau Küchenmeister sprach von 45% Fördergelder. Das sind aber nicht 1,7 Mio. von 3 Mio. Generell müssen wir hier so schnell wie möglich agieren.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Für die Verwaltung sind die 1,75 Mio. Euro Fördergelder ausschlaggebend.

Herr Reimer:

Der BBW hat einstimmig für dieses Projekt gevotet. Seit 2012 ist dieses Problem bekannt.

Es ist ein großartiges Projekt und ich kann das nur unterstützen.

Herr Klucke:

In dem alten Beschluss war noch die Rede von einer Zweifeldersporthalle. Da redet jetzt keiner mehr drüber. Wir werden demnächst an die Kapazitätsgrenze kommen und die Investition tätigen müssen. Wie soll die finanziert werden? Warum wurden die Jugendlichen nicht schon im Bürgerhaus untergebracht?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das sind zwei unterschiedliche Sachverhalte. Das Bürgerhaus kann nicht aufgestockt werden.

Das eine ist eine Schule und die Finanzierung kommt von Seiten des Landkreises. Dazu gehört auch die entsprechende Sportstätte. Verein, Jugendclub, Seniorenbegegnungsstätte, das ist Aufgabe der Kommune und hierzu dieses Förderprogramm.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Den Änderungsbeschluss zur BV 123/21/1- Nachtrag zur Erweiterung der Begegnungsstätte Burgberg mit Vereinsheim und Jugendclub

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	0	1

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir hatten am Freitag den Spatenstich für die B246 und gehen davon aus, dass wir hier auch weiterhin gut im Zeitplan sind. Die Schranke wird dann entfallen und mit der Bahn zusammen haben wir in Form von Kreisverkehr und Brücke eine gute Ersatzmaßnahme geschaffen. Weiterhin plant die Stadt Zossen das Bahnhofsumfeld und muss hierzu auch wieder entsprechende Förderanträge stellen, da das Bahnhofsumfeld nicht in Gänze in der Kreuzungsvereinbarung enthalten ist. Hierzu gibt es von der Stadt Zossen auch das Innenstadtkonzept, indem diese Punkte erörtert werden. Es ist wichtig, dass der Bahnhof auch eine Begegnungsstätte wird. Als nächstes soll die Thomas-Müntzer-Straße 2024 geschlossen werden. Auch hier wird eine Brücke hinkommen. Im Bauausschuss wurde das Projekt vorgestellt. Weiterhin ist Neuhof auch gerade von weiteren Bahnarbeiten betroffen. Hier werden die Gehsteige, bzw. die Anhaltepunkte für die Bahn neugestaltet, da hier der Abstand nicht stimmt.

Wir haben im Moment keine Lösung für die Brücke in der Friedenstraße. Sobald wir eine Unterstützung seitens des Bundes und des Landes erhalten, werden wir uns auch hier auf die Förderung bewerben. Langfristig brauchen wir eine Entlastung in Wünsdorf, wenn die einzige Möglichkeit der Überquerung die Unterführung ist, welche regelmäßig auch bei Sturzregen überflutet ist. Mit dem kommunalen Haushalt wird uns hier eine Lösung nicht gelingen.

In Dabendorf war keine PKW-/LKW-Unterführung vorgesehen, lediglich Fußgänger und Radwege. Die Bahn beteiligt sich nicht an der Nordumfahrung. Eine Umfrage ergab, dass die Dabendorfer eine Bahnquerung haben möchten. Wir haben dann zusammen mit der Bahn überlegt wie eine Ersatzmaßnahme aussehen könnte und sind jetzt in der Prüfung in den einzelnen Ausschüssen hinsichtlich der Variante. Wir haben uns dann für die Variante der Unterführung an der Goethestraße entschieden, die wir dann, wenn sie gebaut ist und die Nordumfahrung fertig ist, für den LKW-Verkehr sperren werden. Die BV sieht max. 7,5t vor.

Weiterhin wird die Nordumfahrung geplant. Sie ist aber nicht weiter kreuzungsrelevant. Es wird auch nicht geplant eine Kreuzungsvereinbarung mit der Bahn anzustreben.

Frau Küchenmeister:

Die Bahn hätte auch beim Bahnhofsumfeld Wünsdorf unterstützen können oder müssen. Das hätte man vereinbaren können. In Zossen am Bahnhof müssen wir eigene Mittel ausgeben.

Wenn die Bahn so viele Kosten gespart hat, warum kann sie aufgrund dessen nicht in die Pflicht genommen werden, sich an der Nordumfahrung zu beteiligen? Solche Gespräche sollten geführt werden. Bei einer Unterführung mit einer Begrenzung von 7,5t würden z.B. Feuerwehren gar nicht durchkommen. Es darf nicht passieren, dass wir keine Fördergelder erhalten und feststellen müssen, dass wir das alleine nicht stemmen können.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Bahn sagt hier ganz klar, dass es nicht kreuzungsrelevant ist. Das war auch das Thema in Wünsdorf. Das Gesetz sagt das auch ganz klar aus. Deswegen haben wir leider keine Chance auf einen Obolus seitens der Deutschen Bahn.

Natürlich wird die Unterführung so gebaut, dass dort auch 40t langfahren können. Wir hatten einen Beschluss in der SVV, sobald die Nordumfahrung steht, wollen wir Dabendorf von dem LKW-Verkehr entlasten und auf 7,5t beschränken. Im Notfall können Einsatzfahrzeuge, Rettungsfahrzeuge etc. natürlich diese Unterführung nutzen.

Herr Reimer:

Diese 7,5 t Variante war ein Wunsch einiger Stadtverordneten, um die Bürger, welche Sorge zwecks der Lärmbelastigung hatten, hier zu entlasten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen gibt es keine 7,5t Brücke, sondern diese wird so gebaut wird, dass

dort alle Fahrzeuge überfahren dürfen. Genau das kam auch aus ihrer Fraktion, dass diese Bürger dort entlastet werden, solange die Nordumfahrung noch nicht fertig ist. Warum wird jetzt hier versucht, mit Teilwahrheiten die Dinge zu verdrehen? Wir wollen 7,5t, weil wir die Bürger vom Lärm entlasten wollen. Das wollen wir und nicht die Bahn.

Frau Küchenmeister:

Die Anwohner der Goethestraße wollten gar keine Querung für LKWs und PKWs. Sie hätten sich gefreut, wenn ganz zeitnah die Nordumfahrung kommt und ansonsten hätte es gereicht, wenn dort ein Fußgänger oder ein Radfahrer queren kann. Das war nicht möglich, da sie mit ihrer Mehrheit für eine größere Bahnquerung gestimmt haben, demzufolge war der kleinste gemeinsame Nenner eine Beschränkung auf 7,5t.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich habe ihnen berichtet, dass es die Friedenstraße nicht geben wird. Dies wurde auch rechtlich geprüft. Dann kam es, dass sich entgegen aller Vorstellungen die Bahn nicht an der Nordumfahrung beteiligt. Die Bürger in Dabendorf haben sich mehrheitlich für eine Unterführung entschieden und dass dort auch weiter Verkehr nach der Schließung der Schranke fahren kann. Dann mussten wir einen Beschluss teilaufheben. Das Thema Nordumfahrung haben wir nicht angefasst, außer in dem Zuge, dass wir nochmal neu planen mussten und hier um Zustimmung gebeten haben um die Kosten zu generieren. Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir jetzt eine Nordumfahrung, die nicht realisierbar wäre und die Bahn bräuchte nur eine kleine Ersatzmaßnahme für Fußgänger und Radverkehr schaffen.

Herr Buttler:

Es ist tatsächlich so dass sich die Mehrheit der Dabendorfer für eine innerörtliche Querung entschieden hat. Ich befürworte die Maßnahme und dass die Querung kommt. Wir setzen uns hier für 7,5t ein, das heißt aber nicht, dass keine 40t fahren können.

Herr Klucke:

Können sie uns sagen wie hoch die Einsparungen der Bahn sind, die sie hier in Zossen gemacht haben?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das mache ich im nicht öffentlichen Teil sehr gerne.

Herr Klucke:

Warum ist Herr Haase heute nicht anwesend? Wir hatten ihn ja beauftragt, die Nordumfahrung zu planen und das Gewerbegebiet davon getrennt zu halten.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Mit dem Thema Bahnquerungen hat Herr Haase unmittelbar nichts zu tun.

Frau Küchenmeister:

Muss nicht darüber entschieden werden, ob Herr Rocher reden darf?
Was möchte Herr Rocher uns denn sagen?

Herr Klucke:

Haben wir noch weitere Politiker aus anderen Kommunen eingeladen?

Es wird abgestimmt, dass Herr Rocher reden darf.

Abstimmung: 6 / 2 / 0

Herr Rocher – Bürgermeister Rangsdorf:

In Rangsdorf ging das Thema Bahnquerung noch von DDR-Zeiten bis 2015. Es gab die unterschiedlichsten Varianten. Es gab eine Kreuzungsvereinbarung, die fast unterschrieben war und dann wieder gestrichen wurde. Unangenehme Begegnungen mit dem Eisenbahnbundesamt kenne ich auch. Das sind Bundesbehörden. Wir haben lernen müssen, dass die Bahn vor Ort verhandelt. Und da das alles Mittel des Bundes und des Bundesverkehrsministeriums sind, entscheidet nachher ein Beamter und der hat immer den Blick auf den Bundesrechnungshof. Wir hatten die Variante einer Straßenüberführung. Das war die kostengünstigste Variante. Alle, die etwas anders machen wollen, sollen es dann bezahlen. Es geht um die Mittel des Bundes, die hier verbaut werden. Es wurden dann die Mittel für die Bahnsteigzuwege gespart durch den Bau des Tunnels. Die Bahn selber hat eigentlich gar kein Geld, das sind alles Mittel des Bundes. Wir haben mit dem Straßenverkehrsamt zusammen erreicht, dass die Variante breiter geworden ist. Wir haben Zählungen der Fußgänger, der PKW, dem Schulverkehr vorgenommen und haben es dann durchbekommen, dass der 5 Meter breit ist. Diese 5 Meter wurden uns als Fiktivvariante in den Kosten anerkannt. Wir haben es durchbekommen, dass der Nord-Süd-Verbinder mit dem B-Plan den wir gemacht haben, anerkannt wurde. Wir sind bei den Kosten bei 4 Mio. Euro geblieben, die wir selbst zuzahlen mussten. Diese wurden auch nicht vom Land Brandenburg gefördert. Die Kreuzungsvereinbarung war mit der Bahn verhandelt, am Ende war der Tunnel gebaut und die Kreuzungsvereinbarung war unterschrieben aber noch nicht genehmigt, weil das Ministerium noch Vorbehalte hatte. Ungefähr 1,5 Jahre später haben wir uns dann auf die letzten Details verständigt. Die Diskussion war bei uns genau dieselbe. Wir verhandeln mit der Bahn und die Bahn spart doch jetzt hier Geld. Letztendlich entscheidet das Bundesministerium, nur mit dem verhandelt man nicht.

10 **Bericht der Hauptverwaltungsbeamtin zur Nordumfahrung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten einen Bericht zur Nordumfahrung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Schwarzweiler kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

Nordumfahrung

- Nordumfahrung Dabendorf

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir hatten heute nochmal Gespräche mit weiteren Eigentümern. Wir lassen jetzt ein Gutachten für die entsprechenden Flächen anfertigen. Ich denke, dass wir von den 4 Eigentümern, bei denen noch die finale Entscheidung offen ist, 2 weitere Eigentümer heute für das Projekt gewinnen konnten und liegen somit auch hier gut im Zeitplan.

Wir haben jetzt die Vergabe der Verkehrsanlagenplanung und die Vergabe des Ingenieurbauwerks Brücke vergeben. Wir sind hier in der Vorentwurfsplanung. Die Trassenführung wurde angepasst, wir sind weiter in der Grundlagenermittlung und insbesondere in der Kommunikation mit der Deutschen Bahn. Die Bahn wird ihre Strecke dort 2028 bauen. Wir kreuzen nicht groß in deren Ablaufplan. Beide Bauvorhaben können parallel laufen. Eventuell kann man sich das ein oder andere Gewerk teilen. Parallel dazu laufen die Umweltplanung und der B-Plan. Das sind Punkte, mit denen Herr Haase beauftragt ist. Den Stand des B-Plans hatte ich ihnen im letzten Bauausschuss mitgeteilt. Der Fördermittelantrag läuft sukzessive immer in diesem Jahr mit. Naturschutz ist ein großes Thema, da ein Teil durch ein Landschaftsschutzgebiet gehen wird. Wir sind im Austausch mit der unteren Naturschutzbehörde und auch auf Landesebene. Wichtig ist, dass wir für entsprechende Ausgleichsmaßnahmen sorgen werden. Nach der Einreichung des Antrags für die Fördermittel und der Bewilligung geht es los mit der Ausführungsplanung und der Vorbereitung der Vergabe für die Gesamtmaßnahme. Wir können leider nicht vorher ausschreiben, da wir noch nicht wissen wie die Bewilligung aussieht. Wir werden dann aber sehr zeitgleich einen Antrag auf

vorzeitigen Maßnahmenbeginn stellen müssen, damit es nicht förderschädlich ist. 2025 werden wir dann mit der Bauausführung beginnen. Die Fertigstellung soll dann 2027/2028 sein. Die Kostenplanung wird uns dieses Jahr noch im Finanzausschuss beschäftigen. Wenn wir mit allen Grundstückseigentümern durch sind, die Gutachten vorliegen und wir in die realen Verkaufsverhandlungen gehen, wird die Zustimmung der SVV benötigt, um den Grunderwerb sicherstellen zu können.

Herr Leisten

Die Planung hört sich sehr gut an, aber die 4 Grundstücke von den Eigentümern ist das Erste was wir brauchen. Dann können wir erst die Planung machen. Wenn diese 4 Eigentümer nicht zustimmen, dann kommt es zur Enteignung?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Dazu kann ich gerne im nicht öffentlichen Teil Ausführungen machen.

Herr Leisten:

Ich sehe das als absolut wichtigsten Grundstein, erst diese Grundstücke zu bekommen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Punkte, die davon betroffen sind, beeinflussen den jetzigen Projektstatus nicht.

Frau Küchenmeister:

Auf der Folie Nr. 2 heißt es, dass die neue Trassenführung insgesamt 55 Flurstücke betrifft, wovon 12 nur im Eigentum der Stadt sind, somit sind 43 Flurstücke anzukaufen. Wieviel Gesamtkosten haben wir, um Eigentümer dieser 55 Flurstücke zu werden?

Wieviel Grundstücke waren es in der alten Variante, die nicht im Stadteigentum waren und die man hätte ankaufen müssen? Was wären das für Kosten gewesen? Kreuzen wir in der neuen Variante ein Landschaftsschutzgebiet?

Wäre es nicht besser die Priorität für unseren kommunalen Haushalt darauf zu legen, eine Nordumfahrung sicher zu stellen, anstatt eventuell Mehrkosten auszugeben für eine Unterführung in Dabendorf und die gesamten Baukosten nochmal gegenüberzustellen alte Variante / neue Variante?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es sind unterschiedliche Sachverhalte, was die Gesamtkosten betrifft. Wir wissen nicht was die Vorzugsvariante und was die Variante der SVV kosten wird. Es sind hier nicht nur die Baukosten zu betrachten, sondern auch die Verfahrenskosten, die Verwaltungskosten, Personalkosten und insbesondere auch die Durchführung.

Die Abwägungsgründe spielen eine große Rolle. Was ist vom Thema Baumschutz besser? Was ist vom Thema Grundwasser besser? Was ist vom Thema Artenschutz besser? Ist es eine Brücke oder eine Unterführung? Am Ende der Ergebnisse werden wir gar nicht so weit voneinander entfernt sein. Es macht keinen Unterschied ob ich alleine von einer Finanzierung der Nordumfahrung ausgehe, da sind wir bei einer Kostensumme von 20 Mio. Euro. Zu dem Thema Grundstückserwerb werden gerade Gutachten angefertigt. Sobald eine Kostenschätzung abgegeben werden kann, werde ich das auch mit ihnen diskutieren.

Wieviel Grundstücke bei der alten Trasse betroffen sind, kann jetzt nicht beantwortet werden. Das müsste nachgezählt werden, könnten sie aber auch anhand des FNP machen. Für mich ist das nicht relevant und spielt an dieser Stelle keine Rolle.

Zum Thema Naturschutz hatten wir die Untersuchung angestrebt, direkt an der Kreuzung Richtung Telz anzuknüpfen. Dort wären dann 3 Kommunen, Mittenwalde, Zossen, Rangsdorf betroffen gewesen. Leider ist das aufgrund der Salzwiesen gescheitert. Wir werden an der Kurve rauskommen, wie sie jetzt auch angezeigt ist. Wir werden immer die Genehmigung von der unteren Naturschutzbehörde benötigen. Das sind Punkte, die wir im B-Plan-Verfahren abklären.

Die neue Route ist definitiv realisierbar.

Frau Küchenmeister:

Wenn sie es jetzt nicht beantworten können, könnten sie es nachreichen. Sie haben mir immer noch nicht beantwortet, ob wir ein Landschaftsschutzgebiet schneiden?

Bis wann können sie uns den Wert der Ankaufskosten der Grundstücke mitteilen?

Warum kann die Altvariante ad acta gelegt werden? Da die finale Entscheidung der 4 Eigentümer noch aussteht, wäre die Variante ja hier auch möglich gewesen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Grundstücke, die noch in der Entscheidungsphase sind, tangieren das Projekt aktuell nicht. Zwei weitere Gespräche wurden geführt. Gerne kann ich im nicht öffentlichen Teil dazu ausführen. Die ersten Zahlen werde ich ihnen höchstwahrscheinlich nach der Sommerpause präsentieren können.

Herr Czesky:

Die neue Route ist besser als die alte Route, weil sie weiter weg liegt von den Wohnhäusern. In beiden Varianten ist Landschaftsschutzgebiet betroffen. Ich hoffe, dass wir die 2 Grundstücke noch bekommen um das dann so umzusetzen.

Herr Klucke:

Für den nicht öffentlichen Teil sollten wir die Grundstücksflächen bekommen um dann in den Routen einzutragen, welche Flächen noch offen sind und welche schon erledigt sind.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich kann ihnen dann mitteilen, welche Flurstücke noch offen sind. Eine Aufstellung welche Flurstücke erledigt sind, hatten wir.

Herr Klucke:

Die neue Route habe ich mir angesehen, da sind viele Grundstücke dabei, die in kompletter Version aufgenommen wurden, die aber nur minimal tangieren. Man müsste hier mit dem Planer versuchen an den Grundstücken vorbeizugehen.

Frau Küchenmeister:

Wir hatten eine Auflistung, da wurden Flurstücke aneinander gereiht. Anhand dieser Aneinanderreihung hat man sich die Flurstücke über ein Geoportal raussuchen können. Wir reden jetzt davon dass es optisch aufgearbeitet wird, mit Katasterunterlegung, sodass man sehen kann welche Flurstücke anhand der Trassenführung betroffen sind. Das kann man von Verwaltungsseite ohne Probleme machen. Somit könnte man die alte und neue Variante miteinander vergleichen. Eine Aktualisierung/Visualisierung der alten und der neuen Variante wäre gewünscht gewesen, um hier beide Varianten zu vergleichen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich werde die Verwaltung nicht damit beschäftigen, die alte Variante, die ihnen auch schon vorgelegen hat, nochmal zu erarbeiten.

Frau Küchenmeister:

Ihr Wunsch war gewesen, dass die neue Variante geprüft wird, aber das ist noch lange nicht der Wunsch von den Stadtverordneten. Wenn wir sagen, dass wir gerne nochmal über die alte Variante drüber gucken wollen und wenn man nichts zu verbergen hat, kann man dem einfach nachkommen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie können gerne Akteneinsicht beantragen und sich die ganzen Ordner nochmal

anschauen und können dann für sich eine Entscheidung treffen.

Herr Klucke:

Wir haben 2 Varianten und für die finale Entscheidung würden wir uns gerne eine Meinung bilden. Ich bin nicht bereit, mir alles alleine mit Akteneinsicht zu erarbeiten.

Herr Czesky:

Die Diskussion ist nicht zielführend. Man kann gerne alles neu diskutieren. Wenn wir das jetzt nochmal anfangen, ist der komplette Zeitplan wieder hinfällig. Dann werden nochmal 2 Jahre vergehen bis eine Nordumfahrung entstehen wird.
muss nicht über

Frau Küchenmeister:

Wir bekommen nach der Sommerpause erst konkrete Zahlen, bis dahin hätten wir Zeit uns das nochmal anzuschauen.

11 Information aus anderen Kommunen zu ähnlichen Bauvorhaben

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten einen Bericht zur Unterführung in Puchheim Beispielhaftes Infrastrukturprojekt in schriftlicher Form. Dieser wird von Herrn Hummer kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:

Unterführung in Puchheim
Beispielhaftes Infrastrukturprojekt

Vorstellung der Stadt Puchheim

Unterführung (Tunnel)

- Verortung im Stadtgebiet
- Einfahrt Süd-West
- Einfahrt Nord-Ost

Unterführung (Tunnel) und Umgehungsstraße

Verkehrsdaten

Herr Czesky:

Haben sie die Unterlagen angefordert? Wie wurde das denn bezahlt?

Herr Hummer:

Dazu kann er jetzt keine Auskunft geben.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir stehen im Austausch mit dem Bürgermeister. Bezüglich der Barrierefreiheit muss man sagen, hier wurde schon vor einer ganzen Weile gebaut. Wenn man heute neu bauen würde, würde man sicher anders bauen. Dieses Beispiel soll zeigen, dass man Radverkehr, Straßenverkehr, Rettungsverkehr, Fußgänger gut miteinander kombinieren kann.

Frau Küchenmeister:

Können wir uns die Mehrkosten wirklich leisten oder sollten wir uns nicht lieber als Priorität auf die Nordumfahrung konzentrieren?

Herr Hummer:

Die Kosten sollten mal vorgestellt werden. Ich muss Herrn Czesky Recht geben, wenn wir jetzt wieder die alte Variante hervorholen, fangen wir wieder von vorne an.

Herr Klucke:

2007 hatten wir schon mal 6 Mio. Euro Mehrkosten. Jetzt werden wir wahrscheinlich bei 10 Mio. Euro liegen. Wir wollen eine vernünftige Lösung haben. Die Nordumfahrung muss kommen. Wir können nicht den LKW-Verkehr durch Dabendorf fahren lassen. Wenn es um eine Ersatzmaßnahme geht, in Wünsdorf die Seestraße wurde zugemacht und dafür wurde nichts Neues gebaut.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das ist genau der Grund warum wir den Beschluss damals aufgehoben haben bzw. eine Teilaufhebung gemacht haben, weil wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Was ist kreuzungsrelevant und was ist nicht kreuzungsrelevant?

12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Hummer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:39 Uhr.

Peter Hummer
Vorsitz

Juliane Sasse
Protokoll